SPD

Schatzmeisterin im Visier

Auch für die Berliner SPD-Spitze könnte die Korruptionsaffäre um den Wuppertaler SPD-Oberbürgermeister Hans Kremendahl, der 1999 zur Finanzierung seines Wahlkampfs 500 000 Mark von dem Bauunternehmer Uwe Clees bekommen hatte, nun gefährlich werden. Vorigen Mittwoch schickte die Wuppertaler Staatsanwaltschaft ihre 49-seitige Anklageschrift gegen Kremendahl den Justizbehörden der Hauptstadt. Diese sollen im Auftrag der Wuppertaler Kollegen prüfen, ob SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier bei der parteiinternen Behandlung der Großspende möglicherweise gegen Gesetze verstoßen hat. Dabei geht es im Kern um die Frage, ob Wettig-Danielmeier den Vorgang nicht gründlicher hätte prüfen müssen, um zu erkennen, dass in Wuppertal etwas faul war.

Die Riesenspende war gestückelt und teilweise anderen Personen zugeordnet worden – offenbar um den Vorgang zu verschleiern. Wettig-Danielmeier beruft sich, um ihr zögerliches Einschreiten zu rechtfertigen, auf den Bericht ihrer Revisoren. Deren Aufklärungsbemühungen nehmen sich aus heutiger Sicht allerdings reichlich schlicht aus: Sie schrieben die vermeintlichen Spender an und teilten ihnen mit, sie würden ihre Namen mit den jeweiligen Beträgen veröffentlichen. Obwohl einer der angeblichen SPD-Gönner daraufhin antwortete, er habe gar nicht gespendet, ging Wettig-Danielmeier dieser Merkwürdigkeit nicht gründlich nach.

MICHAEL URBAN / DDP

Wettig-Danielmeier

Kremendahl

PAUL LANGROCK / ZENIT

Frankfurter Bankenviertel

STEUERREFORM

Milliarden vom Fiskus

Die rot-grüne Unternehmensteuerreform entwickelt sich immer mehr zu einem Desaster für den Fiskus. So müssen die Finanzämter auch in diesem Jahr Milliardenbeträge an die großen Konzerne auszahlen. Viele Bundesländer verbuchen deswegen bei der Körperschaftsteuer unterm Strich ein kräftiges Minus. Allein Hessen mit seinen zahlreichen Konzernzentralen im Frankfurter Bankenviertel hat in der ersten Jahreshälfte rund zwei Milliarden Euro mehr an Unternehmen ausgezahlt, als es eingenommen hat. Baden-Württemberg vermeldet einen Fehlbetrag bei der Körperschaftsteuer von 570 Millionen Euro, Bayern immerhin 440 Millionen. „Unsere Finanzämter werden immer mehr zu Auszahlungsstellen für die Großkonzerne“, klagt Bayerns Ministerpräsident und Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, „diese Entwicklung ist verheerend.“

Offenbar nutzen die großen Firmen auch in diesem Jahr massiv die Möglichkeit, Gewinnrücklagen aufzulösen und sich dafür im Gegenzug Steuern vom Fiskus zurückzuholen, die sie für diese Rücklagen vor Jahren gezahlt haben. Verschärft wird dieser Effekt noch durch den Konjunktureinbruch, der bei vielen Unternehmen die Gewinne drückt – und damit auch deren Steuerzahlungen an den Staat. Bereits im Vorjahr war die Körperschaftsteuer drastisch eingebrochen: Während die Finanzämter im Jahr 2000 über 23 Milliarden Euro einnahmen, mussten sie 2001 rund 430 Millionen Euro auszahlen. Das Bundesfinanzministerium unter Hans Eichel (SPD) hatte dies im Frühjahr noch als „Einmal-Effekt“ abgetan (SPIEGEL 5/2002). Eichels Mannschaft streute damals Zuversicht, die Einnahmen würden in diesem Jahr wieder kräftig steigen. „Diese Hoffnung“, kritisiert Stoiber, „erweist sich als falsch. Wir müssen die Fehler, die Rot-Grün bei der Körperschaftsteuer gemacht hat, nach der Wahl korrigieren.“